

FORUM SALZBURG 2003

Sicherheitspartner Mitteleuropas

Österreich und die künftigen EU-Partnerländer Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn vereinbarten beim vierten Forum Salzburg, die erfolgreiche polizeiliche Zusammenarbeit auszubauen.

Die Erweiterung der EU ist eine Chance auf mehr Sicherheit in ganz Europa, in den Erweiterungsländern ebenso wie in den jetzigen Mitgliedsländern", sagte Innenminister Dr. Ernst Strasser beim vierten Forum Salzburg, das vom 17. bis 19. Juli 2003 in Fuschl stattfand. Teilnehmer des Treffens waren neben Strasser die Innenminister der Beitrittskandidatenländer Dr. Vladimir Palko (Slowakei), Dr. Rado Bohinc (Slowenien) und Stanislav Gross (Tschechien), Staatssekretär Tibor Pál (Ungarn), Unterstaatssekretär Pawel Dakowski (Slowakei) sowie der EU-Kommissar für Justiz und Inneres Antonio Vitorino und der Innenminister Italiens und derzeitige EU-Ratspräsident Guiseppe Pisanu.

Österreich profitiere von der Erweiterung im Bereich Sicherheit mehrfach: Die Schengengrenze in Österreich bleibe weiterhin bestehen und ermögliche, dass "Österreichs Nachbarn in das Schengen-System hineinwachsen", betonte Strasser. Die EU-Außengrenze Sorge für mehr Sicherheit in der EU. Daraus ergebe sich ein "doppelter Sicherheitsgurt" für mehr Sicherheit in Österreich. "Wir haben großes Interesse, dass dieser Sicherheitsgurt schrittweise von der Schengengrenze hinauswandert zur EU-Außengrenze. Und wir freuen uns sehr über die Fortschritte unserer Nachbarn in diesem Bereich", hob der Innenminister hervor. Für Strasser hatte das heurige Forum Salzburg eine neue politische Qualität: "Zum einen werden alle Teilnehmer in Kürze vollberechtigte Mitglieder der Europäischen Union sein und zum anderen war erstmals die EU-Ratspräsidentschaft dabei. Das zeigt, dass sich das Konzept des Forums Salzburg voll bewährt hat."

"Salzburg-Gruppe"

Ab 1. Juli 2004 wird die "Salzburg-Gruppe" von einem halbjährlich wechselnden Vorsitzland geführt, mit dem Österreich – als Organisator – die jeweilige Ausrichtung des Forums Salzburg abstimmen wird. Tschechien wird ab 1. Juli 2004 den Vorsitz führen. "Das gewährleistet eine aktive Nachbarschaftspolitik gleichwertiger Partnerländer und damit ein Zone hoher Qualität in der Sicherheitsarbeit und ein Mehr an Sicherheit für die Bürger der Region", bekräftigte Strasser.

Giuseppe Pisanu erläuterte die Schwerpunkte der italienischen Präsidentschaft für den Bereich der inneren Sicherheit: Harmonisierungen in den Bereichen Grenzsicherung, Migration und Asyl. Vor allem die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität erforderten ambitionierte Maßnahmen.

Das wirksamste Instrument gegen illegale Einwanderung sei der intelligente Einsatz der legalen Einwanderung, sagte Pisanu. Jedes Land habe einen bestimmten Bedarf an Zuwanderung. So brauche Italien pro Jahr etwa 120.000 Arbeitskräfte aus dem Ausland. Jedes Land müsse seinen Bedarf aber selbst festlegen. Ziel müsse eine gemeinsame Politik in dieser Frage sein. Dabei könne es nicht nur um eine europäische Lösung gehen. Man müsse schrittweise zu einer weltweiten Migrationspolitik kommen, erläuterte Pisanu. Er

forderte auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Transitländern der illegalen Migrationsströme. Libyen sei das Transitland für Migrationswellen aus Afrika. Über Ägypten kämen viele Illegale aus dem asiatischen Raum. Pisanu regte gemeinsame Einrichtungen zwischen Europa und den Transitstaaten an, um das Problem in den Griff zu bekommen.

Für die Kontrolle der Außengrenzen schlug der italienische Innenminister die Errichtung von "Common Units" vor. An erster Stelle stünden jene Staaten, die "am kleinsten und schwächsten" seien. Dadurch würde den Ländern Osteuropas und des Mittelmeers die schrittweise Umsetzung der Schengenkriterien erleichtert. Der italienische Innenminister plädierte für eine strenge Visa-Politik und die Stempelpflicht für Touristen, die keiner Visa-Pflicht unterliegen. Unbegründete Asylanträge müssten "vehement zurückgewiesen" werden. Großes Augenmerk lege Europa auf die Balkanstaaten. Im Kampf gegen das organisierte Verbrechen sollten gemeinsame Ermittlungsteams eingesetzt werden, führte Pisanu aus.

Nationale Polizeichefs sollten darin eine wesentliche Rolle spielen, um die strategische Lenkung der Europol zu unterstützen. Verbindungsoffiziere sollten ein Netzwerk herstellen. Der EU-Ratspräsident dankte Österreich für die Idee und Organisation des Forums Salzburg, das seit dem Jahr 2000 daran arbeite, die Sicherheit in Mitteleuropa zu erhöhen und den Vorteil für die EU-Präsidentschaft bringe, dass die Interessen von sechs Mitgliedstaaten auf einmal abgeklärt werden können. EU-Kommissar Antonio Vitorino sprach sich für eine europäische Grenzpolizei für "Notfallsituationen" aus, die Integrität der Außengrenze müsse die nationale Grenzwaache gewährleisten.

"Gemeinsame Erklärung"

Die Innenminister unterzeichneten beim vierten Forum Salzburg eine "Gemeinsame Erklärung über regionale Zusammenarbeit im Rahmen der erweiterten Europäischen Union". Darin begrüßten die Innenminister die beschleunigte Umsetzung der sich an Schengen orientierenden Zusammenarbeit an den Grenzen sowie die Vorbereitungen der Einrichtung eines europäischen Außengrenzen-Managements.

Die Innenminister Dr. Ernst Strasser und Dr. Rado Bohinc unterzeichneten eine Vereinbarung zur Intensivierung der Zusammenarbeit und zur Stärkung der Sicherheit in Österreich und Slowenien. Die Vereinbarung soll aber dazu beitragen, die Vorarbeiten für die Grenzöffnung über eine bilaterale Kooperation rasch voranzubringen. Die österreichische und die slowenische Exekutive wollen enger zusammenarbeiten. Geplant sind gemeinsame Einsätze der Sicherheitskräfte. "Die Unterzeichnung bedeutet einen großen Schritt für die Zusammenarbeit in der gesamten Region", sagte Strasser. "Die enge Zusammenarbeit an der Grenze und der gegenseitige Informationsaustausch führen zu einer dem Schengener Vertragssystem ähnlichen Kooperation noch vor dem offiziellen Beitritt Sloweniens." Slowenien strebe damit an, "den hohen Schengen-Standard bereits jetzt einzuführen", sagte Sloweniens Innenminister Dr. Rado Bohinc. Damit werden wichtige Vorarbeiten in Angriff genommen, die für einen Beitritt Sloweniens zu Schengen erforderlich sind. Die Vereinbarung ist eine Vorstufe zu einem Staatsvertrag, den beide Länder heuer unterzeichnen wollen.

Innenminister Strasser hob hervor, dass auch das "erweiterte Europa" – Ukraine, Weißrussland, die zentralasiatischen Länder und der Kaukasus – ein wichtiger Bereich für die Sicherheitsinteressen Österreichs und Europas sind. Strasser: "Die Seidenstraße und die Balkanroute beeinträchtigen die Sicherheit Österreichs und es muss ein Anliegen Europas sein, dass wir hier die Wege der illegalen Migration, des Drogenhandels, des

Menschenhandels und anderer krimineller Delikte durchbrechen durch eine Unterstützung dieser Länder im Aufbau funktionierender Grenzen und Sicherheitsapparate – wie sie europäischen Zuschnitts und Qualität sind."

Österreich hat sich von Anfang an intensiv an den Arbeiten zum Aufbau einer europäischen Grenzsicherung beteiligt. Die ersten Schritte seien die Schaffung gemeinsamer Standards für die Ausbildung, Ausrüstung und den Einsatz der nationalen Grenzbeamten und eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Grenzdiensten. Damit kann man Länder unterstützen, die kurzfristig polizeiliche Unterstützung brauchen. Die Arbeiten geschehen derzeit auf der Basis einer von Italien ausgearbeiteten Möglichkeitsstudie, die unter anderem den Aufbau eines Netzes von dezentralen "Kompetenzzentren" vorsieht.

Österreich möchte bei der Ausbildung der Grenzbeamten einen Beitrag leisten und ist nach wie vor bereit, für die rasche Umsetzung des Kernlehrplans, die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ein Ständiges Koordinationsbüro könnte in Österreich aufgebaut werden. Für einen effizienten Grenzschutz sollten nach Ansicht Italiens 215 Millionen Euro investiert werden, sagte Innenminister Pisanu. Für den slowenischen Grenzschutz stünden in einem Drei-Jahres-Abkommen 118 Millionen Euro zur Verfügung.

Siegbert Lattacher

STABILITÄTSPAKT

Illegale Migration

Mit dem Schritt der Erweiterung der Europäischen Union ist klar, dass sich neue Perspektiven und neue Aufgaben gegenüber anderen Teilen Europas ergeben", sagte Dr. Erhard Busek, Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, beim Forum Salzburg 2003. Busek lud die neuen Mitgliedstaaten ein, für Südosteuropa tätig zu werden. Speziell die Erfahrungen der neuen Mitgliedsländer in der Veränderung auf dem Weg zur EU will Busek für Südosteuropa nutzen.

Für Busek liegen die Hauptpunkte der Arbeit in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und illegalen Migration. Seit Jahren gibt es das Zentrum für Transborder Crime Fighting in Bukarest, das eng mit Interpol und Europol zusammenarbeitet. Busek will die Zusammenarbeit intensivieren, auch von Seiten des Stabilitätspakts. "Daher haben wir in diesem Jahr ein Sekretariat zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens errichtet", das so genannte Spoc-Sekretariat ("Stability Pact Initiative to Fight Organized Crime").

Ende November 2003 soll es mit der italienischen Präsidentschaft eine Konferenz zum Thema organisiertes Verbrechen geben, um zu sehen, was die Londoner Konferenz im November 2002 bewirkt hat. Innerhalb des Stabilitätspakts gibt es die Migration, Asylum, Refugees Regional Initiative (MARRI), geleitet vom Dänen Soeren Jessen-Petersen (UNHCR). "Im Dreieck Bosnien, Serbien, Kroatien haben wir 150.000 Flüchtlinge zurückgebracht", sagte Busek.

Das große, offene Problem sei die Frage der Bewältigung der Flüchtlinge aus dem Kosovo, die vor allem einer politischen Antwort bedürfe. Für Busek sei es vorerst notwendig, die reguläre Migration in Südosteuropa in den Griff zu bekommen. Er denkt an die Errichtung

eines regionalen Migrationszentrums, um die Staaten der Region zur Kooperation zu bringen, um die grenzüberschreitende Arbeit zu erleichtern.

"Länder innerhalb Südosteuropas sollen zuerst ihre Visaregelungen vereinfachen, bevor sie an Erleichterungen für Schengen denken können", forderte Busek. Wenn jemand ein Schengenvisum hat, sollte er durch alle Staaten Südosteuropas durchreisen können. Busek wies auf die Region Wider Europe hin ("Erweiteres Europa": Ukraine, Weißrussland, der Kaukasus und die zentralasiatischen Länder). Diese Länder sind zunehmend Herkunfts- und Transitländer für Drogen-, Waffen- und Menschenhandel sowie Kfz-Verschleppungen. Etwa 90 Prozent der Heroin-Weltproduktion kommt aus Afghanistan. Das Suchtmittel wird hauptsächlich auf der "Seidenstraße" und über die "Balkanroute" in den Westen geschmuggelt. Busek: "Wir müssen Strategien entwickeln, um das Verbrechen an der Wurzel zu bekämpfen."